

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 33

14.08.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

- **SINKENDE STEUERLASTEN, STEIGENDE EINNAHMEN.** Ausgehend von den Steuerstatistiken für das erste Halbjahr 2017 hat sich die im Vorjahr unterzeichnete sechsjährige Tarifvereinbarung bewährt. Dank steigender Löhne und Beschäftigtenzahlen nimmt der Fiskus mehr Geld als zuvor ein: Binnen sechs Monaten flossen 140 Milliarden Forint mehr, als in der ersten Hälfte des vorangegangenen Jahres ein.
- **TOPMANAGER WAREN NOCH NIE SO ZUVERSICHTLICH.** Positiver denn je beurteilen die Unternehmen ihre gegenwärtige Rentabilität, den Auftragsbestand und die Geschäftslage. Dank dieser Einschätzung legte der Geschäftsklimaindex im zweiten Quartal gegenüber dem vorangegangenen Quartal erheblich zu. Neben den Unternehmen zeigt sich auch die Bevölkerung zunehmend optimistischer, was unter anderem durch eine wachsende Bereitschaft zur Aufnahme von Krediten angezeigt wird.
- **UNGARN WIRD IMMER ZU POLEN HALTEN.** Mit dem Start zur politischen Herbstsaison wird auch die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union neu entflammen, in deren Verlauf Brüssel und die ein föderatives Konzept unterstützenden westlichen Mitgliedstaaten mit allen Mitteln bestrebt sein werden, jene Länder zu unterdrücken, die eine Gemeinschaft auf der Basis der Nationen befürworten. Dem ist zuzuschreiben, dass Brüssel neben Ungarn auch Polen zunehmend schärfer attackiert.
- **NACH DEM NATIONALFEIERTAG WIRD DIE WAHLKAMPAGNE IHREN ANFANG NEHMEN.** Dank des Quotenreferendums verstrich bereits das Jahr 2016 in Wahlkampfstimmung, doch auch in der ersten Jahreshälfte 2017 war die innenpolitische Atmosphäre aufgeheizt. Nach dem 20. August dürften die Aktivitäten der Parteien bezüglich des Wahlkampfes jedoch in einen höheren Gang geschaltet werden, wobei dieser wegen der Aussichtslosigkeit der Oppositionsparteien aggressiver und intensiver denn je geführt werden könnte.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

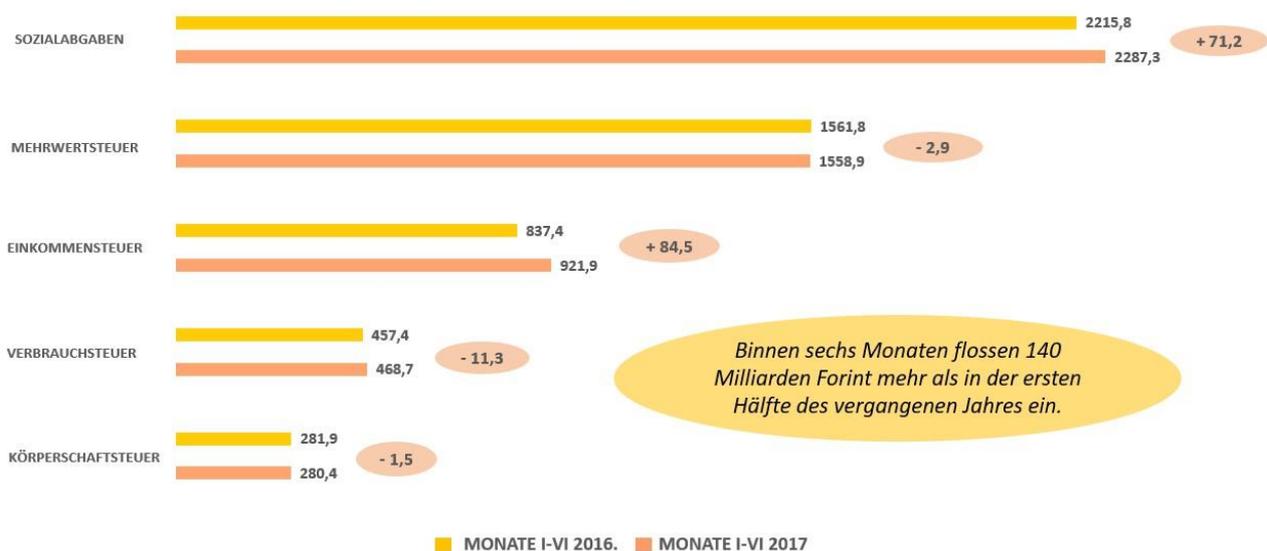
Sinkende Steuerlasten, steigende Einnahmen

Ausgehend von den Steuerstatistiken für das erste Halbjahr 2017 hat sich die im Vorjahr unterzeichnete sechsjährige Tarifvereinbarung bewährt. Dank steigender Löhne und Beschäftigtenzahlen nimmt der Fiskus mehr Geld als zuvor ein: Binnen sechs Monaten flossen 140 Milliarden Forint mehr, als in der ersten Hälfte des vorangegangenen Jahres ein.

Entgegen skeptischen Erwartungen haben die Ergebnisse der von der Regierung verfolgten Wirtschaftspolitik gezeigt, dass es in gewissen Fällen absolut lohnt, die Steuern zu senken, nachdem die Akteure des Wirtschaftslebens geringere öffentliche Lasten eher einzahlen, als größere Positionen.

Laut Statistiken für die ersten sechs Monate dieses Jahres flossen aus den fünf größten Steuerarten – also Körperschaft- und Verbrauchsteuer, Mehrwertsteuer, Sozialabgaben und Einkommensteuer – insgesamt 5.505 Milliarden Forint ein. Im vergangenen Jahr lagen die kumulierten Steuereinnahmen nach sechs Monaten bei 5.365 Milliarden Forint, so dass in diesem Jahr ein Plus von 140 Milliarden Forint registriert werden konnte.

DIE ENTWICKLUNG DER WICHTIGSTEN STEUEREINNAHMEN (ANGABEN IN MILLIARDEN FORINT, MONATE I-VI 2016/2017)



Die größten Überschüsse ergaben sich bei der Einkommensteuer und den Einnahmen der

Sozialversicherungsträger. Dazu kam es, obgleich der Staat letztere Abgabenlasten in diesem Jahr markant senkte, nachdem die Arbeitgeberabgaben mit Wirkung vom 1. Januar von zuvor 27 auf 22 Prozent reduziert wurden.

Die wachsenden Steuereinnahmen sind hauptsächlich dem Umstand zu verdanken, dass die Regierung gemeinsam mit den Repräsentanten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Ende vergangenen Jahres eine langfristige Übereinkunft treffen konnte, die im Wesentlichen daraus besteht, dass der Staat die Abgabenlasten der Unternehmen senkt, wenn die Arbeitgeber im Gegenzug für deutliche Lohnerhöhungen sorgen. Die Bezüge nehmen mit einer nie erlebten Dynamik zu, es entstehen immer mehr legale Arbeitsplätze im Lande und das Wirtschaftswachstum ist markant. Im Ergebnis all dieser Prozesse aber kann der Staat mit mehr Geld als früher wirtschaften.

Topmanager waren noch nie so zuversichtlich

Positiver denn je beurteilen die Unternehmen ihre gegenwärtige Rentabilität, den Auftragsbestand und die Geschäftslage. Dank dieser Einschätzung legte der Geschäftsklimaindex im zweiten Quartal gegenüber dem vorangegangenen Quartal erheblich zu. Neben den Unternehmen zeigt sich auch die Bevölkerung zunehmend optimistischer, was unter anderem durch eine wachsende Bereitschaft zur Aufnahme von Krediten angezeigt wird.

Die jüngste Erhebung des Wirtschafts- und Unternehmensforschungsinstituts der Ungarischen Industrie- und Handelskammer (MKIK) unter Einbeziehung von 400 Topmanagern brachte an den Tag, dass die Lagebeurteilung der einheimischen Unternehmen einheitlicher wird: Im zweiten Quartal des laufenden Jahres stiegen der Index der Geschäftserwartungen, der Rentabilitätsindex sowie die Angaben bezüglich des Auftragsbestands im Kreis der befragten Unternehmen auf ein seit Beginn der Erhebungen 2010 nie erlebtes Niveau.

Auch im Maßstab der Europäischen Union erweisen sich die Erwartungen der einheimischen Unternehmen als ausgesprochen hoch. Gemäß einer Erhebung der Logistikgesellschaft MLBKT, die dieser Tage veröffentlicht wurde, sind die Erwartungen in Bezug auf die eigene Geschäftslage ebenfalls außerordentlich hoch angesiedelt, was in erster Linie mit den Entwicklungsmaßnahmen im Zuge von EU-Ausschreibungen erklärt wird. Derzeit glauben vier von zehn Unternehmen, an EUFördermittel zu gelangen, was einen bedeutenden Fortschritt gegenüber dem vorangegangenen Quartal darstellt, als erst drei von zehn Unternehmen dieser Ansicht waren.

Neben den Unternehmen zeigt sich auch die Bevölkerung zunehmend zuversichtlicher, was gut dadurch veranschaulicht wird, dass die Banken in diesem Jahr bislang bereits im Volumen von mehr als 438 Milliarden Forint Wohnungskredite und persönliche Darlehen ausreichten, was im täglichen Durchschnitt 2,4 Milliarden Forint entspricht. Die Summe der Neuverträge für Wohnungsbaukredite belief sich im Juni bereits auf 66,8 Milliarden Forint und rangiert somit um 37 Prozent über dem Betrag vom vorigen Juni, während dies zugleich der höchste Monatswert im laufenden Jahr ist. Bei den persönlichen Darlehen ergab sich ein noch stärkeres Wachstum: Die Banken schlossen im Juni Verträge im Volumen von 29,9 Milliarden Forint ab, was einem Anstieg zum vorigen Juni um 57 Prozent entspricht.

AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Ungarn wird immer zu Polen halten

Mit dem Start zur politischen Herbstsaison wird auch die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union neu entflammen, in deren Verlauf Brüssel und die ein föderatives Konzept unterstützenden westlichen Mitgliedstaaten mit allen Mitteln bestrebt sein werden, jene Länder zu unterdrücken, die eine Gemeinschaft auf der Basis der Nationen befürworten. Dem ist zuzuschreiben, dass Brüssel neben Ungarn auch Polen zunehmend schärfer attackiert.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat in seiner Rede auf der Sommeruniversität im siebenbürgischen Bad Tuschnad klargestellt, dass Ungarn „wegen seiner eigenen nationalen Interessen, seiner europäischen Interessen und ebenso wegen der polnisch-ungarischen Freundschaft“ alle rechtlichen Möglichkeiten im Rahmen der Europäischen Union ausschöpfen wird, um seine Solidarität mit den Polen zu zeigen. Sollte also die Europäische Union beispielsweise die Aufhebung des Stimmrechts Polens im Rahmen der Anwendung von § 7 erreichen wollen, wird Ungarn voraussichtlich ein Veto einlegen.

Polen ist nach der Bevölkerungszahl der sechstgrößte Mitgliedstaat der Gemeinschaft und verfügt über eine große geopolitische Bedeutung, zumal es zu den wichtigsten europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten von Amerika zählt. Vor diesem Hintergrund erscheint es als riskanter Schritt von Seiten der durch Deutschland dominierten Brüsseler Führung, die polnische Führung unter den gleichen politischen Druck zu setzen, wie einst Ungarn.

Damit wird Brüssel lediglich erreichen, dass die Einheit der Europäischen Union weiter zerbröckelt und Europa an Stelle von Kompromisslösungen – in Verbindung mit der Einwanderungskrise, der Wirtschaftspolitik und der Zukunft der Gemeinschaft – ein weiteres verschenktes Jahrzehnt durchleben wird, wovon die Vereinigten Staaten, China und Russland profitieren werden.

Dem ist zuzuschreiben, dass die besagten Großmächte die Europäische Union immer weniger ernst nehmen, und immer häufiger in geopolitischen Fragen Entscheidungen treffen, in die sie im Wesentlichen die Europäer nicht länger einbeziehen.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Nach dem Nationalfeiertag wird die Wahlkampagne ihren Anfang nehmen

Dank des Quotenreferendums verstrich bereits das Jahr 2016 in Wahlkampfstimmung, doch auch in der ersten Jahreshälfte 2017 war die innenpolitische Atmosphäre aufgeheizt. Nach dem 20. August dürften die Aktivitäten der Parteien bezüglich des Wahlkampfes jedoch in einen höheren Gang geschaltet werden, wobei dieser wegen der Aussichtslosigkeit der Oppositionsparteien aggressiver und intensiver denn je geführt werden könnte.

Nahmen die Sympathiewerte für die Regierungsparteien im Verlauf früherer Regierungszyklen regelmäßig zur Mitte bzw. zur zweiten Hälfte der Legislaturperiode deutlich ab, konnten Fidesz-KDNP zwischen 2014 und 2017 ihre führende Position unangefochten behaupten. Wären am kommenden Sonntag Parlamentswahlen, würde das Parteienbündnis unter Führung von Viktor Orbán ein ähnliches oder sogar noch etwas besseres Ergebnis als im Frühling 2014 erzielt erreichen.

Im Gegensatz dazu fanden die Probleme der linksliberalen Opposition auch weiterhin keine Lösung, deren Chancen weiter gesunken sind, nachdem heute im Gegensatz zu 2014 die dominante Rolle der MSZP in diesem Lager der Vergangenheit angehört und neben der LMP auch die DK von ExMinisterpräsident Ferenc Gyurcsány sowie die Momentum-Bewegung eigenständig ins Parlament gelangen könnten. In dieser Situation ist es weitaus schwieriger, eine Art Zusammenarbeit zwischen diesen Parteien zu vereinbaren, was erst recht aus dem Grunde zutrifft, weil viele dieser Parteien jede Art der Zusammenarbeit ablehnen.

Ebenfalls in einer schwierigen Lage befindet sich die Jobbik, die im Zuge der durch Gábor Vona verkündeten Strategie des Wandels zur Volkspartei gegenüber 2015 deutliche Popularitätsverluste hinnehmen muss. In dieser bedrängten Lage wird die Jobbik auch die rechtsradikalen Wähler ansprechen müssen, ohne die die rechtsgerichtete Partei bei den Wahlen im kommenden Jahr noch schlechter als 2014 abschneiden dürfte.

Diesem Umstand ist zuzuschreiben, dass Gábor Vona auf der Maifeier der Jobbik beispielsweise erneut den Begriff der Zigeunerkriminalität entstaubte bzw. dass die Jobbik für eine Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts eintritt. Allen Anzeichen nach darf im Übrigen von Seiten der Jobbik mit dem aggressivsten Wahlkampf gerechnet werden, in dessen Verlauf einzelne Politiker mit Details aus ihrem Privatleben attackiert werden könnten.

Deshalb dürfte der Wahlkampf langatmiger und aggressiver als zuvor erlebt werden. Das wird schon daran ersichtlich, dass die Oppositionsparteien im Gegensatz zu früheren Zeiten bereits den Nationalfeiertag vom 20. August für ihre politischen Zwecke benutzen wollen. In dieser Situation müssen die Regierungsparteien Selbstbeherrschung zeigen, wobei angemessene Reaktionen im Verlauf des Wahlkampfes nicht zu umgehen sind.

PROGNOSE

- Am 16. August beginnt in Washington die erste Runde einer Neuverhandlung des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Mexiko und Kanada. US-Präsident Trump stößt sich hauptsächlich am Handelsdefizit der Amerikaner von 63 Milliarden Dollar gegenüber Mexiko. Von den Verhandlungen hängt viel ab, denn 14 Millionen Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten sind unmittelbar mit dem Handel mit Mexiko und Kanada verknüpft.
- Am 16. August veröffentlicht Eurostat die zweite Schätzung zum Wirtschaftswachstum der EU im zweiten Quartal. Laut erster Schätzung nahm das Bruttoinlandsprodukt in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Quartalsvergleich um 0,6 Prozent und gegenüber dem identischen Vorjahreszeitraum um 2,2 Prozent zu.
- Bis 14 Uhr am 18. August können Stellungnahmen zum neuen Steuerverfahrensgesetz abgegeben werden. Eine der bedeutendsten Veränderungen des Gesetzes besteht darin, dass Steuerkontrollen mit einer Dauer von mehr als einem Jahr aufhören – künftig darf keine einzige Kontrolle über 365 Tage andauern. Kontrollen von Privatpersonen, Selbständigen und zuverlässigen Steuerzahlern müssen weiterhin innerhalb von 180 Tagen abgeschlossen werden.
- Der 20. August ist Ungarns Nationalfeiertag zum Gedenken an die Staatsgründung und den staatsgründenden König Heiliger Stefan. Die Programme beginnen auch in diesem Jahr wieder traditionell auf dem Kossuth tér vor dem Parlament, wo die Nationalflagge im Rahmen eines militärischen Zeremoniels gehisst wird. Darüber hinaus wird es auch in diesem Jahr wieder den bereits traditionellen Festumzug geben, wie in der Budaer Burg erneut das Fest der Handwerke abgehalten wird.
- Am 20. August startet die Jobbik ihre Unterschriftensammlung für eine europäische Lohnunion.
- Am 20. August organisieren der Együtt-Vorsitzende Péter Juhász und der Ministerpräsidentenkandidat der Párbeszéd, Gergely Karácsony, eine gemeinsame Demonstration in der Szabad sajtó út (Straße der Freien Presse).